

Rot-Grün: Land bekommt mehr Geld für Straßenbau

Stuttgart (dpa/old) - Für den künftigen Ausbau der Fernstraßen und Schienen soll Baden-Württemberg mehr Geld als bisher vom Bund erhalten.

Das sagte der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Helmut Göschel, in einem dpa-Gespräch. Im Bundesverkehrsministerium sei ihm versichert worden, das Land erhalte im Rahmen des neuen Bundesverkehrswegeplans bis 2015 fünf Milliarden Euro für Schienenprojekte und "fünf Milliarden Euro plus x" für den Straßenausbau. Während der Laufzeit des alten Bundesverkehrswegeplans aus dem Jahr 1992 habe der Südwesten für den Fernstraßenbau 2,717 Milliarden Euro erhalten.

Boris Palmer von den Grünen sagte, gebaut werden könne allerdings für maximal drei Milliarden Euro in Baden-Württemberg während der Laufzeit des neuen Bundesverkehrswegeplans. Das seien 250 Millionen Euro jährlich. "Alles andere ist unrealistisch." Unter anderem muss das Land noch Schulden abtragen. Zudem ist der Plan auf 15 Jahre ausgelegt.

Göschel: "Jetzt zeigt sich, dass Rot-Grün den Südwesten nicht benachteiligt, wie die Landesregierung behauptet." Die Bundesregierung habe längst erkannt, dass Baden-Württemberg als Transitland und wegen seiner vielen Berge und Täler besonders berücksichtigt werden müsse. Mehr Geld könne jetzt auch fließen, weil viele Verkehrsprojekte aus dem Sonderprogramm Deutsche Einheit abgeschlossen seien.

"Schon beim Anti-Stau-Programm und bei den Ortsumgehungen ist der Südwesten bedarfsgerecht berücksichtigt worden", betonte Göschel weiter. Allein das Anti-Stau-Programm zum Ausbau der Autobahnen bringt dem Südwesten ab 2004 jährlich 77 Millionen Euro. Allerdings läuft das Ortsumgehungsprogramm Ende 2003 aus. Hier flossen pro Jahr 60 Millionen Euro.

Landesverkehrsminister Ulrich Müller (CDU) reagierte ungläubig auf die Zahlen: "Nach unseren Informationen werden die Haushaltsmittel für den Neu- und Ausbau von Bundesfernstraßen in den nächsten Jahren gesenkt." Müller hatte vor zwei Wochen eine Liste mit 221 vorrangigen Projekten im Gesamtvolumen von 6,6 Milliarden Euro für den Ausbau von Autobahnen und Bundesstraßen aus dem Südwesten nach Berlin geschickt. Auch Göschel erstellte eine Liste. Diese enthält den Ausbau der Autobahnen 5, 6 und 8 sowie Bundesstraßen- und Schienenprojekte. Die Liste werde nicht veröffentlicht, "fließt aber in die Entscheidungen des Bundes mit ein", ist Göschel überzeugt.

Der Verkehrsreferent des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Klaus-Peter Gussfeld, kritisierte, dass Baden-Württemberg in einer "selbst gemachten Schuldenfalle sitzt". Durch die aufgelaufenen Schulden von privat vorfinanzierten Straßenbauprojekten (u. a. Engelbergtunnel) habe sich das Land "Entscheidungsspielräume genommen". Allein dadurch müssten eine Milliarde Euro Schulden abgestottert werden. Dieser Betrag geht von den Bundeszuweisungen verloren.